

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 105 (2008)
Heft: 2

Artikel: "Wir haben gegenüber den Sozialprofis einen Vorteil"
Autor: Lanfranconi, Paula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tiven Geschäft genügend Zeit haben, um seriös zu beraten und allfälligen Hinweisen aus der Bevölkerung nachgehen zu können. Ich finde es äusserst wichtig, dass auch die Behördenmitglieder den Profis dieses Vertrauen entgegenbringen. Denn ihre Aufgabe ist nicht immer einfach.

Früher hat die Behörde jedes Dossier kontrolliert. Heute haben wir einen so genannten Leistungskatalog. Wir unterscheiden zwischen Regelfällen und Nicht-Regelfällen. Die Behörde behandelt Einzeldossiers nur noch als Nicht-Regelfälle – es geht also um Fragen, die über das Alltagsgeschäft der Sozialarbeitenden hinausgehen. Als ich vor zehn Jahren als Neumitglied zur Sozialbehörde gestossen bin, habe ich mich über diese Dossierberge, die wir an jeder Sitzung bewältigen mussten, gewundert. Ich sagte mir: Das kann doch nicht sein! Die Sozialarbeitenden sind ausreichend ausgebildet, um Regelfälle eigenständig zu bearbeiten. Zudem kontrolliert ja die Abteilungsleiterin in zweiter Instanz die Dossiers. Die Sozialbehörde hat sieben Mitglieder. Drei Sitze ge-

hören der FDP, zwei der SP und je einer der CVP und der SVP. Unsere Positionen sind zuweilen sehr unterschiedlich, was gelegentlich auch zu polemischen Äusserungen führen kann. Strategische Entscheide im Sozialbereich werden vom Gemeinderat getroffen. Trotzdem wird unser Sozialbehörden-Modell sehr geschätzt. Das zeigte sich, als man im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung den Vorschlag in die Vernehmlassung gab, die Sozialbehörde aufzuheben: Da ging ein Sturm der Entrüstung durch die Horgener Parteien.

Die Sozialhilfe ist in den letzten Monaten in die Schlagzeilen geraten und hat in der Öffentlichkeit nicht den besten Ruf. Gerade deshalb planen wir an jeder Kommissionsitzung Zeit ein und berichten über aktuelle Fälle, die abgelöst werden konnten. Das ist für mich die grösste Genugtuung – wenn wir Leute zurück in eine Tagesstruktur und in die Unabhängigkeit führen können.»

Aufgezeichnet von **Monika Bachmann**

DORA LACKNER SCHMID (SVP), PRÄSIDENTIN DER SOZIALBEHÖRDE VON ELGG

«Wir haben gegenüber den Sozialprofis einen Vorteil»

«Ich finde unser Milizsystem sehr gut, weil wir in unserer Sozialkommission Leute aus den verschiedensten Parteien haben. Auch von den Berufen her sind wir gut durchmischt: eine Kindergärtnerin, ein Jugendarbeiter, je ein pensionierter Sekundarlehrer beziehungsweise kaufmännischer Angestellter und ich als Familienfrau. Da bringt jeder unterschiedliche Lebenserfahrungen ein. Das ist unser Vorteil gegenüber den Sozialprofis.

Im Gespräch mit angehenden Sozialarbeitern sehe ich oft, dass einzelne einen Tunnelblick haben. So im Sinn von: Das ist ein Armer, dem muss man doch helfen! >

DORA LACKNER

Dora Lackner Schmid gehört der SVP an. Die 55-jährige Hausfrau ist Mitglied des Gemeinderates von Elgg (ZH) und präsidiert dort nebenamtlich das Ressort Soziales. Dazu gehören unter anderem die Sozialhilfe und das Vormundschaftswesen. Die Sozialbehörde hat vier weitere nebenamtliche, vom Volk gewählte Mitglieder: Zwei gehören der «soso Elgg» an (soso steht für «sachlich offen, solidarisch» und ist eine Gruppierung, die aus kleinen Mitteparteien entstand), ein Mitglied ist parteilos, das andere gehört der SP an. Einziger hauptamtlich Tätiger ist der Sozialsekretär. Er hat einen KV-Abschluss mit diversen Weiterbildungen. Elgg hat 3700 Einwohnerinnen und Einwohner.



Bilder: Christine Bärlocher

Klare Strukturen fördern die Glaubwürdigkeit

Wenn eine Behörde das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Sozialhilfe stärken kann, leistet sie gute Arbeit. Damit dies gelingt, braucht es gesetzliche Grundlagen, klar definierte Zuständigkeiten und eine offensive Informationspolitik. Dies zeigen Erfahrungen aus dem Kanton Basel-Landschaft.

Die Arbeit im Sozialhilfereich ist interessant, anspruchsvoll, vielschichtig und deswegen eine stetige Herausforderung. Sie ist für Aussenstehende jedoch nicht immer nachvollziehbar und bietet darum gelegentlich Angriffsflächen für die Öffentlichkeit. Deshalb braucht es klare gesetzliche Grundlagen, die an der Basis umsetzbar und auch miliztauglich sind. Die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist auf Gesetzesstufe zu regeln. Zwischen Sozialhilfebehörde und Sozialarbeitenden sollte diese in einem Reglement festgelegt werden. Es sind Sozialhilfebehörden gefragt, die bereit sind, sich einerseits mit den gesetzlichen Grundlagen und an-

dererseits mit sozialpolitischen Themen auseinanderzusetzen. Dazu müssen sie sich entsprechendes Fachwissen aneignen. Unverzichtbar ist zudem ein Kontrollsystem auf allen Ebenen, damit die Gesetzesgrundlagen korrekt umgesetzt werden. Dies erfordert genügend sach- und fachkundiges Personal und eine entsprechende Infrastruktur.

ALTES HINTERFRAGEN, NEUES SCHAFFEN

Sehr gut bewährt haben sich in Basel-Landschaft das kantonale Sozialhilfegesetz* und das auf Gemeindeebene erstellte «Reglement über den Vollzug des kantonalen

> Fortsetzung von Seite 9

Sie sehen vielfach nicht, dass man jemandem mit rein finanzieller Unterstützung nicht unbedingt hilft. Sondern dass es oft einen gewissen Druck braucht, damit die Betroffenen die verschiedenen Anlaufstellen aufsuchen. Wenn man merkt, dass die Person psychische Probleme hat, ist manchmal auch die Zusammenarbeit mit einem Psychologen hilfreich.

Wir erleben den Tunnelblick der Profis auch oft in Fällen, in die Kinder involviert sind. Für das Jugendsekretariat, wo die Angestellten bis zu 120 Fälle betreuen müssen, ist es vielleicht aus zeitlichen Gründen am einfachsten, diese Kinder in ein Heim zu tun. Weil ich mehr Zeit habe, versuche ich, genauer hinzuschauen. Wenn es zum Beispiel um das Suchtproblem des Vaters geht, sagen wir dem Betroffenen: Sie müssen in eine Behandlung, sonst müssen wir einen anderen Weg suchen, um ihr Kind zu schützen.

Den einzigen Nachteil des Milizsystems sehe ich im zeitlichen Rahmen. Ich wende für mein Amt etwa 30 Prozent meiner Arbeitszeit auf. Diese Zeit nehme ich mir bewusst, um mich besser in die Fälle vertiefen zu können. Früher war ich rein für die Familie da und machte Teilzeitjobs. Jetzt sind unsere drei Kinder erwachsen.

Als Sozialbehörde steht man mit einem Bein immer ein wenig im Gefängnis. Darum ist es sehr wichtig, dass man die rechtliche Seite im Auge behält und gut abklärt, bevor die nächsten Schritte eingeleitet werden. Bei uns in Elgg ist das Image der Sozialbehörde sehr gut. Das

hat vor allem auch mit den Personen zu tun, die in der Behörde arbeiten.

Wichtig ist auch, dass man informiert, abblocken setzt die Gerüchteküche in Gang. Ich erlebte das im Zusammenhang mit unseren Asylbewerbern, als es immer wieder hiess, die Gemeinde zahle diesen Leuten Autos. Ich redete dann auch mit den Gemeindeangestellten und zeigte ihnen auf, wie viel Geld die Asylsuchenden von uns erhalten. Davon können sie Kleider und Essen kaufen. Was sie sonst noch haben, kommt aus anderen Kanälen.

Die Parteizugehörigkeit spielt in diesem Amt keine Rolle, die rechtlichen Sachen sind vorgegeben. Wir von der SVP legen sicher Wert auf Eigenverantwortung. Ich persönlich arbeite gern mit Zielsetzungen, frage die Leute, was sie zu tun gewillt seien, um aus der jetzigen Situation herauszukommen. Es gibt allerdings Themen, da kenne ich kein Pardon, zum Beispiel bei Drogen und Gewaltdelikten. Und bei Personen, die versuchen, uns für blöd zu verkaufen und unsere sozialen Einrichtungen zu untergraben.

Klar, die Sozialkontrolle ist grösser bei uns auf dem Land. Wenn jemand illegal arbeitet, fliegt das früher auf als in der Stadt. Aber das ist auch richtig gegenüber jenen, welche die Sozialhilfe wirklich brauchen.

Was ich mir wünsche ist, dass man viel früher präventiv eingreifen könnte.» ■

Aufgezeichnet von
Paula Lanfranchi